15. Jahrg. / Nr. 198 Preis 10 Pf. Auswärts 15 Pf. Berlin, Sonnabend, 29. Oktober 1932

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Tel.: B 1 Berolina 5431, Tel.-Adr.: Rotfahne Berlin. Verl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH. Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Postscheck: Berlin NW 27 370.

Erscheint täglich außer Montag.

Bezugspreis in Berlin u. Orten mit eig. Zustellung: pro Woche 60 Pf., pro Monat 2,60 M. einschl. Trägerlohn. Postbezug pro Monat 2,60 M. ohne Bestellgeld. Streifband im Inland 4,20 M., im Ausland 4,50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12gesp. Millimeterzeile 36 Pf.; die 5gesp. Textmillimeterzeile 2,50 M. Arbeitsnachweis u. Vermietung: Millimeterz. 20 Pf. Kleine Anz.: Textwort 20 Pf., Buchstabenschrift 10 Pf. Arbeitsmarkt: Wort 5 Pf.

Kampfbereit gegen die Beschlagnahme der „Roten Fahne"-Druckerei

Thälmanns große Rede in Düsseldorf (heute mittag Extrablatt)

Die Antwort Ulbrichts an SPD.-Löbe (siehe heute im Blatt)

Streikabstimmung bei der BVG.

Keinen Pfennig Lohnabbau! — Alles stimmt für Streik! — Durchkreuzt jeden Verrat der Bürokratie! — Kein zweites Hamburg!

Gestern tagte eine Arbeiterratssitzung der BVG.-Betriebe, die auf Grund der Massenempörung der Belegschaften über den geplanten neuen Lohnabbau einstimmig beschloß, am kommenden Mittwoch eine Urabstimmung über den Streik durchzuführen. Die roten Arbeiterräte setzten durch, daß im Gegensatz zu den üblichen Gepflogenheiten der sozialdemokratischen Verbandsbürokratie folgende Formulierung zur Grundlage der Abstimmung gemacht wurde: Für Lohnabbau oder für Streik?

Dieser Beschluß ist das Ergebnis der aktiven Mobilisierungsarbeit der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition, die in den letzten Tagen in allen Teilen Berlins zahlreiche Versammlungen der BVG.-Arbeiter durchführte, die von glänzendem Kampfgeist getragen, einmütig beschlossen, jeden Pfennig Lohnabbau mit dem sofortigen Streik zu beantworten. Wie wir schon berichteten, wurden die stattgefundenen Verhandlungen zwischen der Direktion und den Vertretern des Gesamtverbandes mit dem Ergebnis abgeschlossen, daß die Stundenlöhne der BVG.-Arbeiter um weitere zwei Pfennige gesenkt werden sollen, wobei die Direktion sich verwehrte, nach vier Wochen einen neuen, noch weitergehenden Lohnabbau vorzunehmen. Ferner hat die Direktion angekündigt, daß sie weitere Verschlechterungen im Manteltarif durchsetzen und eine Erhöhung der Beiträge für die Ruhegehaltskasse vornehmen will.

Angesichts der Entschlossenheit der Belegschaften, jetzt endlich Schluß mit jeder Lohnsenkung und jeder Verschlechterung der Arbeitszeitverhältnisse zu machen, haben es die sozialdemokratischen Verbandsführer nicht gewagt, das Verhandlungsergebnis offen zur Annahme zu empfehlen. Jeder BVG.-Arbeiter muß sich aber vollkommen darüber klar sein, daß die Flieger und Co. alles daransetzen werden, um den Ausbruch des Streiks zu verhindern. Das zeigt sich bereits in der Hinausschiebung der Urabstimmung auf den Mittwoch, die nur den Zweck verfolgt, um die Klippe des 6. November herumzumanövrieren.

Die sozialdemokratische Verbandsbürokratie spekuliert offen darauf, daß die Urabstimmung, die von ihr geforderte Zweidrittelmehrheit für den Streik nicht erbringen wird. Sie hat sogar die offen ausgesprochene Absicht, die Stimmen derjenigen Arbeiter, die sich nicht an der Abstimmung beteiligen, als Stimmen gegen den Streik zu betrachten.

BVG.-Arbeiter! Jetzt gilt es! Einen Lohnabbau nach dem anderen haben euch die Flieger und Genossen im Bunde mit der BVG.-Direktion aufgezwungen. Nun ist Schluß! Macht alle Absichten der sozialdemokratischen Verbandsbürokraten, die euren Kampfwillen lähmen und euch erneut unter das Joch des Lohnabbaues beugen wollen, durch einheitliche Massenaktionen zuschanden! Keine Minute gezögert! Heute noch tretet in jeder Werkstatt, in jeder Abteilung zusammen! Beschließt den Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau und die geschlossene Teilnahme an der Urabstimmung am Mittwoch! Holt auch den letzten Kollegen heran, auch jene, die nicht unmittelbar von dem geplanten Lohnraub betroffen sind! Jeder BVG.-Arbeiter muß es wissen: Wenn es der Direktion diesmal wieder gelingt, ihre Absichten durchzusetzen, wird schon wenige Wochen später ein neuer, noch schlimmerer Lohnabbau die Folge sein.

Wenn euer Kampf erfolgreich sein soll, dann müßt ihr selbst die Führung in die Hand nehmen und dürft sie euch um keinen Preis entreißen lassen. Denkt an Hamburg! Dort beschlossen die gewerkschaftlichen Vertrauensleute mit der erdrückenden Mehrheit von 4000 gegen 200 Stimmen den Streik. Trotzdem brachte es der sozialdemokratische Senat fertig, die Zeno gegen die Streikenden einzusetzen und im Bunde mit der sozialdemokratischen Verbandsbürokratie den Streikbruch zu organisieren. Deshalb von der ersten Minute an: Nur selbstgewählte Kampfleitung! In allen Werkstätten wählt eure Kampfausschüsse auf der Grundlage der breitesten Einheitsfront! Nur die Parolen der von euch selbst gewählten Kampfleitungen werden befolgt! Genug gehungert! Genug gedurbt! Jetzt muß dem Lohnabbau ein für allemal ein Ende gemacht werden! Ihr seid unüberwindlich, wenn ihr im Kampfe einig seid!

Arbeiter! Gefahr im Verzug!

Neuer 20. Juli droht!

Die Kapitulanten des 20. Juli als direkte Helfershelfer der faschistischen Reaktion

Was Hindenburg und Papen, Schleicher und Bracht angeblich in Preußen unternehmen, das ist eine geradlinige Fortsetzung der Politik des 20. Juli. Es ist gestern vom Reichskabinett nicht mehr und nicht weniger beschlossen worden, als alle preußischen Ministerien entweder aufzulösen oder einfach dem Reich zu unterstellen, wobei die drei Ministerien für Landwirtschaft, Handel und Justiz durch die entsprechenden Reichsminister mit verwaltet werden sollen. Wahrscheinlich noch im Lauf des heutigen Tages will das Papen-Kabinett zwei Reichsminister ernennen, und zwar Bracht und den Staatssekretär Popitz, die das preußische Innen- und Justizministerium übernehmen sollen. Das Wohlfahrtsministerium, ausgerechnet das Wohlfahrtsministerium, wird völlig aufgelöst. Es war ja schon unter Braun-Severing nicht viel mehr als nur noch ein Name.

Papen und Schleicher annektiert Preußen. Die am 20. Juli begonnene Konzentrierung der Machtmittel Preußens in den Händen der Papen-Diktatur wird weiter fortgesetzt. Und angesichts dieser Tatsachen, angesichts des eben wieder niederprasselnden Schweres der Reaktion prahlt und lügt der „Vorwärts" über die „Zerstörung reaktionärer Verfassungspläne, das Scheitern der gefährlichsten und verhaßtesten Pläne, die unter dem Namen Reichsreform und Verfassungsreform liefen". Das Zentralorgan der SPD. übertrifft seine eigene Erbärmlichkeit! Es rühmt die „sozialdemokratische Taktik vom 20. Juli, die zu einer moralischen Stärkung unserer Stellung und zu einer moralischen Schwächung der Papen-Bracht geführt hat".

Sie haben es mit der Moral, auf die unsere Reaktion bekanntlich soviel gibt! Sie haben die Moral, aber die Reaktion hat die Macht, jene Macht, die ihr von der SPD. ausgeliefert wurde. Die neue Regierungsaktion geschieht sogar unter direkter Helfershaft der Sozialdemokratie.

Braun-Severing erlassen eine Erklärung, in der sie darum bitten, daß „einschneidende Beschlüsse unterbleiben, solange nicht eine vorherige Verhandlung mit den zuständigen Stellen der Landesregierung stattgefunden hat."

Stimmenthaltung hilft Papen! Wählt! Wählt Kommunisten!

Sie sind also für diese „einschneidenden Beschlüsse", man soll sie nur in verbindlicher Form benachrichtigen, sie wollen nur dabei sein, sie wollen nur ihre Posten retten, sie wollen nur der Arbeiterschaft vom ihren Erfolgen erzählen, während die Reaktion ungestraft regiert.

Für dieses Benehmen gibt es keine Worte. Es gibt nur eins: An die sozialdemokratischen Arbeiter zu appellieren! Herr

Otto Braun wird heute mittag 12.30 Uhr sich mit Franz von Papen und Paul von Hindenburg im Zimmer des Reichspräsidenten treffen. Ihr, sozialdemokratische Arbeiter, müßt euch mit uns Kommunisten treffen und zusammenschließen.

Wer Liste 2 wählt, der wählt die Partei der „reibungslosen Zusammenarbeit" mit Papen und Hindenburg. Wer Liste 3 wählt, der bekennt sich zum Kampf gegen das Notverordnungssystem und für eine Regierung, die den Faschismus vom deutschen Boden beseitigt.

Die Bedeutung des Urteils von Leipzig

Das Leipziger Gerichtsurteil zum 20. Juli ist auf der sozialdemokratischen Kundgebung in den Berliner Tonhallen durch den Referenten Grzesinski mit diesen Worten kommentiert worden:

„Es ist sehr viel erörtert worden, ob wir am 20. Juli richtig gehandelt haben, als wir der Gewalt nicht die Gewalt entgegensetzten. Heute werden die einige Vielmehr, denn das Herz mit dem Verstande durchgehen wollte, ihre Ansicht revidiert haben." („Vorwärts" vom gestern.)

Der Minister des Blutmai 1929 hat in diesen Worten mit bewundernswerter Offenheit die Katze aus dem Sack gelassen. Seit dem 20. Juli ist in den sozialdemokratischen Mitglieder- und Funktionärversammlungen die Debatte über den Generalstreik und über die Kapitulation der Severing und Braun neu ausgebrochen. Sie erhielt einen weiteren Auftrieb durch die politisch erfolgreichen Teilstreiks der letzten Wochen, die die reaktionären Phrasen über die „Schwäche des Proletariats in der Krise" zerschlagen. Bei einem neuen 20. Juli, einer sprunghaften Wendung in der Entfaltung der faschistischen Diktatur, bei einem Ereignis, das, gleich dem 20. Juli, die Arbeitermassen aufs tiefste aufrütteln würde, wäre es den SPD- und ADGB-Führern schwerer, die Flamme eines Generalstreiks durch Verleumdung und Terror zu ersticken. Darum muß vorgebaut werden. Darum müssen die Grzesinski und Leipart den Gewerkschaftern und SPD-Arbeitern zu beweisen versuchen, daß der Generalstreik ein Generalunsinn ist, daß die Arbeiterschaft ohne dieses Kampfmittel des revolutionären Klassenkampfes weit besser ihre Rechte zu verteidigen vermag, daß nicht der Streik, sondern das Vertrauen der „Demokratie" und die „überparteiliche Urteilskraft des Reichsgerichts" die wahrhafte Antwort gegen die faschistische Reaktion sind. „Wenn also morgen die Papen-Schleicher-Diktatur zu neuen Schlägen gegen die politischen und sozialen Rechte des Proletariats ausholt, dann laßt die Kommunisten mit ihrem Generalstreikgeschwätz unter sich. Denn [illegible] sie als Provokateure und verdammt unseren bewährten demokratischen Methoden." Das ist das Kernstück der Grzesinski-Rede. Das ist eine Seite des Leipziger Urteils, von der herrschenden Klasse zelebriert und von den besitzenden Kapitulanten des 20. Juli den SPD-Arbeitern als „neueste Errungenschaft der Demokratie" und als „Niederlage der Papen-Diktatur" ausge-